

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Einleitung	13
§ 1 Zur Fragestellung der Arbeit	13
Teil I: Die Entstehung und Entwicklung der Bankenaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland	17
§ 2 Die Entwicklung der Bankenaufsicht im Deutschen Reich	17
I. Der Zeitraum von 1874 bis 1931	17
II. Die Bankenkrise von 1931 und der Zeitraum bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs	19
§ 3 Die Bankenaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland	20
I. Die Entstehung des Kreditwesengesetzes von 1961 und dessen Fortentwicklung bis zu seiner heutigen Form	20
II. Der Ausschluß der drittschützenden Wirkung des KWG durch die Gesetzesänderung im Jahre 1984	22
Teil II: Die Rechtsprechung des BGH, das Gegensteuern des Gesetzgebers und die verfassungsrechtliche Problematik des Ausschlusses der Staatshaftung für eine fehlerhafte Bankenaufsicht	24
§ 4 Die Grundlagen des Amtshaftungsrechts	24
I. Die historischen Grundlagen der Amtshaftung	24
II. Die dogmatischen Grundlagen des Amtshaftungsanspruchs	26
§ 5 Das Kriterium der Drittbezogenheit der Amtspflicht	28
§ 6 Die Ansicht der Rechtsprechung zur Frage der Drittgerichtetheit der Bankenaufsicht	31
I. Die Auffassung der früheren Judikatur	31
II. Die Argumentation des BGH in den Urteilen <i>Wetterstein</i> und <i>Herstatt</i>	32
§ 7 Die Reaktion des Bundesgesetzgebers auf die Urteile <i>Wetterstein</i> und <i>Herstatt</i>	34
I. Die Argumentation und Begründung des Bundesgesetzgebers zum Ausschluß des Drittbezuges und deren kritische Würdigung	35

	II. Die Stellungnahme des Bundesrates und der Antrag des Landes Berlin	37
§ 8	Die Verfassungsmäßigkeit des Ausschlusses der Drittgerichtetheit der Bankenaufsicht	38
§ 9	Der Verstoß gegen das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Absatz 1 GG)	40
	I. Begriff und grundsätzliche Bedeutung des Sozialstaatsprinzips	40
	II. Folgerungen aus dem Sozialstaatsprinzip	42
	III. Ergebnis	44
§ 10	Der Verstoß gegen den Grundsatz der Gewaltenteilung (Art. 20 Absatz 2 Satz 2 GG)	44
	I. Grundlagen des Gewaltenteilungsgrundsatzes	44
	II. Folgerungen aus dem Gewaltenteilungsgrundsatz	46
	III. Ergebnis	49
§ 11	Der Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Absatz 3 GG)	49
	I. Das Gebot der Rechtsklarheit und Widerspruchsfreiheit als Ausfluß des Rechtsstaatsprinzips	50
	II. Folgerungen aus dem Grundsatz der Rechtsklarheit und Widerspruchsfreiheit	53
	III. Ergebnis	57
§ 12	Der Verstoß gegen den Grundsatz der Staatshaftung (Art. 34 GG)	58
	I. Die verfassungsrechtlichen Anforderungen an den Grundsatz der Staatshaftung	59
	II. Folgerungen aus dem Grundsatz der Staatshaftung	60
	III. Ergebnis	64
§ 13	Der Verstoß gegen die Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Absatz 4 GG)	64
	I. Grundlagen der Rechtsschutzgarantie	65
	II. Folgerungen aus der Rechtsschutzgarantie	66
	III. Ergebnis	67
§ 14	Der Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtsetzungsgleichheit (Art. 3 Absatz 1 GG)	67
	I. Die verfassungsrechtliche Verankerung des Grundsatzes der Rechtsetzungsgleichheit	68
	II. Folgerungen aus dem Grundsatz der Rechtsetzungsgleichheit	71
	III. Ergebnis	75
§ 15	Der Verstoß gegen eine aus den Freiheitsgrundrechten ableitbare staatliche Schutzpflicht (Art. 14 Absatz 1 Satz 1 GG)	76
	I. Die dogmatische Herleitung der grundrechtlichen Schutzpflichten	76
	II. Folgerungen aus der aus Art. 14 Absatz 1 Satz 1 GG abgeleiteten staatlichen Schutzpflicht	79
	III. Ergebnis	85
§ 16	Die Einlagensicherung der privaten Banken durch den Einlagensicherungsfonds	85
	I. Die Funktionsweise des Einlagensicherungsfonds	87

II. Effektivität des Schutzes durch KWG, ESAEG und Einlagensicherungsfonds	90
III. Ergebnis	91

Teil III: Die europarechtliche Problematik des Ausschlusses der Staatshaftung für eine fehlerhafte Bankenaufsicht unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH	93
---	----

§ 17 Die europarechtlichen Einflüsse zur Harmonisierung des Bankenaufsichtsrechts in der EG	93
I. Die Empfehlung zur Einlagensicherung und die Einlagensicherungsrichtlinie	95
II. Ergebnis zum Harmonisierungsprozeß auf dem Gebiet der Einlagensicherung	99
§ 18 Die Rechtslage bei verspäteter Richtlinienumsetzung	99
I. Die unmittelbare Wirkung von Richtlinien	100
II. Unmittelbare Wirkung der Einlagensicherungsrichtlinie?	102
III. Zwischenergebnis	103
IV. Der gemeinschaftsrechtliche Schadensersatzanspruch bei Nichtumsetzung einer Richtlinie	104
V. Prüfung der Voraussetzungen des gemeinschaftsrechtlichen Schadensersatzanspruchs	106
VI. Ergebnis zur Rechtslage bei verspäteter Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie	108
§ 19 Rechtsvergleichende Untersuchung der Staatshaftung für fehlerhafte Bankenaufsicht in anderen Mitgliedstaaten der EG und den USA	108
I. Die Ausgestaltung der Bankenaufsicht in den USA und die Frage nach einer möglichen Staatshaftung für fehlerhafte Bankenaufsicht	112
II. Die Rechtslage zur Staatshaftung für eine fehlerhafte Bankenaufsicht in Großbritannien	117
III. Die Möglichkeit einer Staatshaftung nach österreichischem Recht	119
IV. Die Problematik der Staatshaftung für fehlerhafte Bankenaufsicht nach französischem Recht	122
V. Ergebnis der rechtsvergleichenden Untersuchung	126
§ 20 Das Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 234 EG	126
I. Der Vorlagebeschluß des BGH vom 16. Mai 2002 (III ZR 48/01)	127
II. Die Schlußanträge von Generalanwältin <i>Christine Stix-Hackl</i>	129
III. Das Urteil des EuGH vom 12. Oktober 2004 (C-222/02)	131
IV. Die Reaktionen in der Literatur auf das Urteil des EuGH vom 12. Oktober 2004	134
V. Stellungnahme zum Urteil des EuGH vom 12. Oktober 2004	136
§ 21 Das Urteil des BGH vom 20. Januar 2005 (III ZR 48/01)	137

I. Die Argumentation des BGH im Zusammenhang mit § 6 Absatz 4 KWG	138
II. Kritische Würdigung des BGH-Urteils vom 20. Januar 2005	141
III. Ergebnis	143
§ 22 Zusammenfassung und Endergebnis	144
Literaturverzeichnis	145